

Abgeordnetenhaus von Berlin – 15. Wahlperiode

32. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 12. Juni 2003

Mehr Berlin, weniger Staat

Vizepräsident Dr. Stölzl: Danke schön, Herr Kollege Ritzmann! - Es folgt die SPD. Herr Kollege **Schimmler** hat das Wort. - Bitte schön!

Schimmler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann verstehen, dass Kollege Sarrazin hinausgegangen ist. Es hat sich nämlich nicht gelohnt.

Man muss neidlos anerkennen, welche Mühe sich die FDP-Fraktion gibt, bereits im Abbau befindliche Mauern noch kräftig einzureißen. Die Hebammenverordnung ist dafür ein schönes Beispiel. Sie wird im Prinzip längst nicht mehr angewandt; wir müssen sie irgendwann mal aufheben.

[Ritzmann (FDP): Sie ist aber noch da!]

Sie wird nicht mehr benutzt und fließt nicht mehr in irgendeine Dienstkräfteeinmeldung ein. Es ist aber immer schön, wenn man die 68 Punkte des Innensenators aufnimmt, sie noch mal aufwärmt, das gibt immer gute Presse. Die Presse schreibt gern gegen die Bürokratie. Sie hätten aber auch erwähnen müssen, dass ein Teil der Punkte, die Herr Körting aufgeschrieben hat, zum Beispiel bei der Novellierung des Schulgesetzes Einfluss gefunden haben. Wenn Sie glauben, dass sich in der Koalition nichts tut, dann irren Sie. Nicht nur dass die Arbeitskreise fleißig etwas tun

[Wieland (Grüne): Och! - Zurufe von der FDP]

- ich komme gleich mal darauf -, wir bereiten so etwas nämlich ausführlich vor.

[Beifall bei der SPD]

Und dann werden Sie sich wundern, lieber Herr Kollege von der FDP, denn die Staatssekretäre sitzen im Augenblick fleißig dabei, dann werden Sie sehen, was aus den Vorschlägen von Herrn Körting in dem Gesetzentwurf, der eigentlich diese Woche noch fertig werden sollte, herauskommt. Da werden Sie schon staunen. Wir müssen uns das nämlich genau ansehen, was Sie zum Teil machen.

Über die Abschaffung des Stadtreinigungsgesetzes kann man nachdenken. Die Koalition berät zur Zeit einen Entwurf, wo wir noch einen Schritt weiter gehen, nämlich die Wegnahme der Schrottautos gleich zu privatisieren und sie in andere Hände zu geben. Das müsste eigentlich etwas für Sie von der FDP sein!

[Dr. Lindner (FDP): Wenn es denn schon da wäre!]

Dass Sicherheitsüberprüfungen nicht doppelt gemacht werden sollen, ist richtig. Allerdings muss man dann auch sicherstellen, dass die überprüfenden Dienste ihre Informationen austauschen. Dann dürfen Sie allerdings nicht aufschreien und „Datenschutz“ rufen!

Schwieriger sind einige Ihrer anderen Anträge. Zum Beispiel wollen Sie § 10 Abs. 3 des Berliner Straßengesetzes ändern. Das würde allerdings bedeuten, dass jeder Anwohner vor seinem Haus, so wie Sie es formuliert haben, einen Blumen- oder einen Würstchenstand ungeregelt aufmachen kann - sicherlich eine Entwicklungschance für Ich-AGs, aber

ob das städtebaulich besonders sinnvoll ist, darüber muss man reden.

Viel interessanter ist die Änderung des § 11 Abs. 2 des Berliner Straßengesetzes - Sondernutzungen. Da wollen Sie einen Großteil der Formulierungen belassen, streichen aber gerade die Formulierung, die Sondernutzungen dann nicht erlaubt, wenn sie den Gemeindegebrauch nicht unerheblich einschränken. Das hätte zur Folge, dass dann, wenn städtebaulich nichts mehr zu beanstanden ist und Straßenbaumaßnahmen oder Versorgungsanlagen nicht betroffen sind, jeder im Straßenland machen könnte, was er wollte. Ein schönes Beispiel möchte ich Ihnen sagen, was dann möglich wäre. Die Freunde von Herrn Möllemann könnten eine Sondernutzung dergestalt machen, dass sie eine Mahnwache in der Reinhardtstraße durchführen, sechs Meter lang, zwei Meter breit, und das an jedem Tag. Das wäre nach der Regelung, wie Sie sie aufgeschrieben haben, durchaus möglich. Ob das die FDP erfreut, weiß ich nicht. Als Liberale würden Sie es sicherlich akzeptieren. Der Blindenverband hätte sicherlich etwas dagegen.

[Ritzmann (FDP): Geschmackloses Beispiel! - Weitere Zurufe von der FDP]

Wenn Sie an das Wohnungsaufsichtsgesetz herangehen, kann man in vielen Bereichen übereinstimmen, da kann man einiges tun. Allerdings muss man auch berücksichtigen, was wir noch vor kurzer Zeit hatten, dass es immer wieder notwendig war, Hauseigentümer, die Asylbewerber in kleine Kabuffs mit unter 2 Meter Deckenhöhe oder in Keller verschläge gesteckt haben, daran zu hindern. Das wollen wir auch zukünftig nicht haben, und da müssen wir Regelungen finden. Ob das diese oder eine andere sein muss, ist hier nicht der Punkt.

Als letzten Punkt noch einen Hinweis zur Baumschutzverordnung. Da muss sicherlich entrümpelt werden, da dort zu viel Bürokratie enthalten ist. Sie müssen aber hier nicht nur an einen früheren Parlamentspräsidenten aus den Reihen der CDU denken, sondern - ich sage dies aus meiner früheren beruflichen Erfahrung - Sie müssen beachten, was für Anträge in Berlin gestellt werden, bis dahin, dass Leute Naturdenkmale abholzen wollen.

[Ritzmann (FDP): Naturdenkmale sind doch ausgenommen!]

Das ist eine größere Menge. Da muss man sich Möglichkeiten vorbehalten. Ob das in der Form, wie sie derzeit geregelt ist, sein muss, müssen wir gemeinsam überprüfen.

Ein letzter Punkt: Zum Schluss haben Sie die Geschäftsanweisungen wegen der Bestattung stehen. Wenn Sie das nachlesen, dann lesen Sie bitte richtig, denn das beruht nur auf § 3 Abs. 1 der DVO zum Bestattungsgesetz. Eigentlich müssten Sie diese auflieben und § 6 des Bestattungsgesetzes und nicht nur die Geschäftsanweisung ändern.

[Dr. Lindner (FDP): Dann machen Sie doch!]

Das werden wir Ihnen noch sagen, wenn wir das im Ausschuss beraten. Dann können wir mal darüber reden.

Es ist ein netter Versuch, sich hier wieder als Reformier zu gerieren, aber die Halbwertzeiten dieser Vorschläge sind manchmal nicht besser als das Presseecho auf manche Presseerklärungen von Herrn Dr. Lindner.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Vizepräsident Dr. Stölzl: Danke schön! - Es folgt die Fraktion der CDU. Der Kollege Wambach hat das Wort. - Bitte schön!